

II-8407 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIC ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 73 78 76
 DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5905/25-4-89

3901/AB

1989-08-04

zu 4007 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.

Wahl und Genossen vom 23. Juni 1989, Nr.

4007/J-NR/1989, "Überbauungsrechte an Gleisanlagen der ÖBB"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zum Allgemeinen:

Es wird zunächst festgestellt, daß die ÖBB nach den Bestimmungen des § 2, Abs. (2) des Bundesbahngesetzes 1969 in der geltenden Fassung unter Bedachtnahme auf das öffentliche Interesse nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen und zu betreiben sind. Dementsprechend werden geeignete Bahngrundstücke - soweit sie nicht dem unmittelbaren Eisenbahnbetrieb dienen und entbehrlich sind - nach hiefür erstellten Richtlinien zwecks intensiver Nutzung und Erzielung von Einnahmen in Bestand gegeben.

Zu Frage 1:

"Welche Überbauungsrechte auf Gleisanlagen der ÖBB wurden bis zum heutigen Datum wann, für welchen Standort, in welchem Umfang, an wen und zu welchem Entgelt abgegeben?"

Es bestehen derzeit folgende Überbauungsrechte:

Wien Franz-Josefs-Bahnhof, Frachtenbahnhofbereich, Vertrag vom 02./10.08.1973, rund 76.000 m², Vertragspartner ursprünglich Konstruktiva AG zur Förderung des Bauwesens; bezüglich einer Teilfläche von rund 66.000 m² ist das Kuratorium zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien (Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße) in den Vertrag eingetreten.

- 2 -

Wien Franz-Josefs-Bahnhof, Betriebs- und Zugförderungsbe-
reich, rund 89.500 m², Vertrag vom 31.03./24.05.1977, mit der
Firma Konstruktiva AG, davon Nutzung von 2.817 m² zwecks
Neuerrichtung des Postamtes 1090 Wien und von weiteren rund
11.000 m² für den Neubau der Postdirektion für Wien, Nieder-
österreich und das Burgenland.

Abgeleitet von den Verträgen ex 1973 und 1977 wurde dem
Bundesministerium für Bauten und Technik am 23.01/08.02.1980
ein Überbauungsrecht für rund 28.800 m² Bahngrund quer über
den Frachtenbahnhof sowie den Betriebs- und Zugförderungsbe-
reich zwecks Errichtung eines Bundesamtsgebäudes eingeräumt.

Im Bereich des Personenbahnhofes wurde am 12./17.07.1978 ein
Vertrag mit einer Tochtergesellschaft der Creditanstalt
betrifft die Überbauung von rund 10.000 m² Bahngrund abge-
schlossen. Des weiteren wurde im Jahre 1985 eine Rechtsnach-
folgevereinbarung zum Vertrag 1977 betreffend die Nutzung von
rund 46.000 m² Bahngrund zwecks Erweiterung des Universitäts-
zentrums Althanstraße abgeschlossen. Das letztgenannte
Projekt steht unmittelbar vor Baubeginn.

Im Bereich des Bahnhofes Wien Mitte wurde am
06.09./04.10.1977 ein Bestandvertrag betreffend die Nutzung
von rund 4.700 m² Bahngrund an der Gigerstraße abgeschlossen,
der Zeitpunkt der Realisierung und damit die laufende Zahlung
eines Nutzungsentgelts an die ÖBB ist derzeit noch offen.

Ein weiterer Vertrag vom 29.05./05.08.1981 wurde bezüglich
der Überbauung von rund 2.000 m² Bahngrund im Bereich Marxer
Brücke - Markthallenbrücke abgeschlossen, auch bezüglich
dieses Vertrages ist eine Realisierung noch nicht abzusehen;
Vertragspartner ist die "OFFICE" Bau Planungs- und
Errichtungsgesellschaft, eine Tochtergesellschaft der Firma
PORR.

- 3 -

Ein Vertrag vom 26.11./09.12.1975 mit der PORR AG und Raiffeisen Leasing Ges.m.b.H. & Co OHG betreffend die Überbauung von rund 13.000 m² Bahngrund rechts und links der Großen Ungarbrücke (Errichtung des "Zentrums am Stadtpark") befindet sich in Realisierung.

Schließlich bestehen noch Vorverträge mit der Arbeitsgemeinschaft PORR WIBEBA vom 23.09./26.11.1981 betreffend die Überbauung von 16.000 m² Bahngrund (Schnellbahntrasse) zwischen Rennweg und Beatrixbrücke sowie mit KONSUM vom 12./25.02.1981 betreffend die Überbauung von 11.310 m² Bahngrund (Vorortelinie) im Bereich des Bahnhofes Ottakring bei der Spetterbrücke.

Die Einnahmen aus allen derzeit in Realisierung befindlichen oder schon abgeschlossenen Überbauungsvorhaben werden im Jahr 1989 voraussichtlich rund 20 Mio S betragen.

Zu Frage 2:

"Mit wie vielen privaten Unternehmungen wurden Verträge über die Überbauung abgeschlossen, wieviele Verträge wurden mit der öffentlichen Hand abgeschlossen?"

Sämtliche Verträge wurden mit nichtöffentlichen Stellen – im übrigen nach Ausschreibung in verschiedenen Tageszeitungen – abgeschlossen. Die Verträge mit Bundesdienststellen kamen erst durch entsprechende Rechtsnachfolgevereinbarungen zustande.

Zu Frage 3:

"Wie hoch ist die gesamte überbaute Fläche, wieviel Prozent dieser Fläche gehen an den größten "Abnehmer"?"

Das Ausmaß der überbauten bzw. jener Flächen, deren Überbauung bereits das Stadium der Realisierung erreicht hat, beträgt etwa 125.000 m². Davon entfällt etwas mehr als die Hälfte auf das Universitätszentrum Althanstraße.

- 4 -

Zu Frage 4:

"Gibt es Vertragspartner, mit denen über mehrere Standorte Verträge abgeschlossen wurden?"

Lediglich für Wien Franz-Josefs-Bahnhof wurden mit der Firma Konstruktiva zwei getrennte Verträge, und zwar über den Bereich Frachtenbahnhof (1973) und den Betriebs- und Zugförderungsbereich (1977) abgeschlossen.

Zu Frage 5:

"Wurde im Fall des Vertragsabschlusses mit Privaten gemäß § 64 Abs. 2 Zif. 2 Bundeshaushaltsgesetz (bzw. gemäß der sinngemäßen Bestimmungen der jeweiligen Bundesfinanzgesetze) geprüft, ob das Überbauungsrecht vom Bund überhaupt nicht mehr oder innerhalb absehbarer Zeit nicht benötigt wird? Wenn ja, wie wurde das geprüft? Wenn nein, warum nicht?"

Eine sinngemäße Überprüfung nach den zitierten Bestimmungen wurde durchgeführt. Außerdem ist festzustellen, daß trotz der Überbauungen der Eisenbahnbetrieb auf den, nach wie vor im Eigentum der ÖBB befindlichen, Grundstücken zumindest im gleichen Umfang wie vorher durchgeführt wird.

Letztlich ist anzumerken, daß die gegenständlichen Verträge - wie erwähnt - vor dem Inkrafttreten des BHG 1987 abgeschlossen worden sind.

Zu Frage 6:

"Finden derzeit Verhandlungen über zukünftige Vertragsabschlüsse statt, wenn ja, mit wem und für welche Flächen?"

Es treten nach wie vor Interessenten an die ÖBB zwecks Überbauung von Bahngrund heran, konkrete Ergebnisse oder auch nur Realisierungsmöglichkeiten konnten zuletzt nicht erzielt werden.

Wien, am 4. August 1989

Der Bundesminister



www.parlament.gv.at